

Deutscher Bundestag

Stenografischer Bericht

158. Sitzung

Berlin, Freitag, den 18. Februar 2005

Tagesordnungspunkt 23:

Erste Beratung des von den Abgeordneten Wolfgang Bosbach, Hartmut Koschyk, Thomas Strobl (Heilbronn), weiteren Abgeordneten und der Fraktion der CDU/CSU eingebrachten Entwurfs eines **Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über befriedete Bezirke für Verfassungsorgane des Bundes (BefBezÄndG)** (Drucksache 15/4731)

14808 D

in Verbindung mit

Zusatztagesordnungspunkt 9:

Erste Beratung des von den Fraktionen der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN eingebrachten Entwurfs eines **Gesetzes zur Änderung des Versammlungsgesetzes und des Strafgesetzbuches** (Drucksache 15/4832)

14809 A

Petra Pau (fraktionslos):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es liegen zwei Gesetzentwürfe vor. Beide wurden eingebracht, um **Aufmärsche der NPD** zu verhindern, allemal an symbolträchtigen Orten und Tagen. SPD und Grüne wollen das Straf- und das Versammlungsrecht ändern. Ich sage es gleich vorweg: Die PDS im Bundestag wird dem Gesetzentwurf der Koalitionsfraktionen nicht zustimmen,

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch [fraktionslos])

zum einen weil die angestrebten Verbote auch mit dem geltenden Recht möglich sind und zum anderen weil die hier vorgeschlagenen Änderungen Ersatzhandlungen sind.

Nun zum zweiten Gesetzentwurf: CDU und CSU wollen den **befriedeten Bezirk rund um den Bundestag** ausweiten, sodass er das **Brandenburger Tor** und das **Holocaust-Denkmal** einschließt. Die PDS wird auch diesen Gesetzentwurf ablehnen, zum einen weil das eine Zweckentfremdung der so genannten Bannmeile wäre

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch [fraktionslos])

und zum anderen weil dann auch andere Veranstaltungen und **Demonstrationen vor dem Bundestag** betroffen wären. Ich möchte Ihnen das nur an einem Beispiel illustrieren. Jahr für Jahr gedenken am 18. März Bürgerrechtler, Schüler sowie Gäste aus dem In- und Ausland gemeinsam mit Vertretern der Union, der SPD, der Grünen, der FDP und der PDS der demokratischen Revolution von 1848. Das tun wir alljährlich gemeinsam auf dem Platz des 18. März direkt am Brandenburger Tor.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch [fraktionslos] – Hartmut Koschyk [CDU/CSU]: Das wäre auch nach unserem Gesetz weiter möglich!)

Auch diese wichtige Traditionslinie würde gebannt werden. Zumindest müsste diese Veranstaltung zusätzlich genehmigt werden.

(Hartmut Koschyk [CDU/CSU]: Wäre das so schlimm? – Thomas Strobl [Heilbronn] [CDU/CSU]: Sie sind doch in der Landesregierung hier in Berlin! Sie haben doch alle Fäden in der Hand!)

Man könnte sich also nicht frei und ohne Anmeldung versammeln.

Mein Anliegen ist allerdings weiter und geht tiefer. Es ist zugleich ein Appell an uns alle. Bitte lesen Sie doch einmal alle Erklärungen aus dem Bundestag in den letzten Wochen, die sich mit der NPD und dem **Rechtsextremismus** befassen! Sie werden vor allem wechselseitige Schuldzuweisungen und viel Aktionismus finden. Das ist unter der Würde, die der Bundestag zu Recht für sich beansprucht, und das ist vor allen Dingen unter den Ansprüchen, die die Bürgerinnen und Bürger zu Recht an das höchste Parlament im Lande haben.

Mein Befund – nicht nur beim Nachlesen, sondern auch beim Blick in die Gesellschaft – zum Thema Rechtsextremismus und zu möglichen Ursachen ist komplexer und wird vielfach durch Ereignisse und Zahlen belegt. Über 20 Prozent der Bevölkerung sind latent antisemitisch eingestellt bzw. entsprechend aktivierbar. Hinzu kommen eine Verrohung der Sitten sowie eine zunehmende **Gewaltbereitschaft**, und zwar nicht nur bei Kindern und Jugendlichen. Große Teile der Bevölkerung fühlen sich sozial verunsichert; das sind nicht nur Arbeitslose. Die allgemeine Bildung im Lande bekommt im internationalen Vergleich schlechte Noten. Wir erleben des Weiteren eine zunehmende Politiker- und Demokratieverdrossenheit.

Es geht also längst nicht mehr nur um die NPD und den rechtsextremen Rand, sondern um die Substanz unserer Gesellschaft. Deshalb möchte ich meinen Vorschlag wiederholen: Befördern wir doch gemeinsam einen Ratschlag gegen Rechtsextremismus,

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch [fraktionslos])

der zum Inhalt hat, Analysen zu bündeln, Strategien zu entwickeln, die über den 8. Mai hinausreichen, und **Demokratie und Zivilcourage** zu stärken.

Abschließend eine Bitte: Wir sollten nicht hinter das zurückfallen, was Richard von Weizsäcker zum 40. Jahrestag der Befreiung gesagt hat, weder in unserem gesetzgeberischen Handeln noch im Alltag.

Danke schön.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch [fraktionslos])